

Tierschutz - übersehen, unterschätzt, unterfinanziert Engagement im Tierschutz in Thüringen endlich stärken!

Ein Ergebnispapier des Runden Tisch Tierschutz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

Tiere sind nicht nur Gefährten für Menschen oder sogenannte „Nutztiere“. Sie sind fühlende Lebewesen, die es zu schützen gilt. Die wenigsten Menschen würden wohl von sich behaupten, gegen Tierschutz zu sein. Aber die nötige Priorität hat es leider selten. Tierschutz hat seit Jahren das gleiche Problem: er ist übersehen, unterschätzt und unterfinanziert. Das muss sich ändern. Das ist auch klar geworden beim „Runden Tisch Tierschutz“ am 24. Oktober 2023 in Erfurt, an dem Tierschutzvereine aus dem ganzen Land teilgenommen haben.

In Thüringen wird Tierschutz maßgeblich von hoch engagierten Ehrenamtlichen realisiert, auf deren Schultern oft besonders viel lastet. Die Krisen der letzten Jahre und deren Folgen haben die ohnehin schon prekären Strukturen zusätzlich getroffen, die die Arbeit von Tierschützer*innen erschwert. So haben sich während der Pandemie viele Menschen Haustiere angeschafft, nur um dann festzustellen, dass sie den Bedürfnissen des Tieres nicht gerecht werden können, wenn sie wieder regulär arbeiten müssen. Oder weil die Preise für Futter und tierärztliche Behandlung mit der Inflation so angestiegen sind, dass die Kosten untragbar wurden.

Das führte zu einem hohen Anstieg von Haustieren, die in Heime gegeben wurden. Besonders die Zahl der schwer vermittelbaren Hunde ist gestiegen, falsche Haltung und unzureichende Erziehung dürften hierfür die Ursache sein. Es führte aber nicht zu mehr qualifiziertem Personal, welches sich in den Tierheimen um die Tiere kümmern kann. Im Gegenteil, auch hier wird der demografische Umbruch erkennbar: viele der Beschäftigten oder ehrenamtlich Engagierten gehen aktuell oder in den nächsten Jahren in Rente - ohne absehbaren Nachwuchs. Deswegen braucht es bessere finanzielle Möglichkeiten für qualifiziertes Personal in Tierheimen. Hauptamtliche Arbeit im Tierheim kann allerdings oft nur mit Mindestlohn vergütet werden, da staatliche Gelder nicht ausreichend zur Verfügung stehen und Tierheime und Tierschutzvereine chronisch unterfinanziert sind. Dabei ist Tierschutz in Form von Aufnahme und Versorgung von Fundtieren eine kommunale Pflichtaufgabe, für die die Kommunen auch entsprechende Gelder bereit stellen müssen.

Auch die bürokratischen und Verwaltungsaufgaben belasten die Tierheime, die häufig mit wenig Personal arbeiten müssen. So sind die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen einen großen Teil ihrer Arbeitszeit damit beschäftigt, Anträge für die Erstattungen von Kosten zu stellen, die bei der Versorgung von Tieren einfach anfallen: für tierärztliche Versorgung, für notwendige Kastrationen aber auch für Baumaßnahmen am Gebäude des Tierheimes selbst.

Das alles kostet Unmengen an Zeit und Wissen. Die Beantragung von Fördergeldern für Tierheime ist oft äußerst umständlich. Diese aufgewendete Zeit könnte sehr viel besser mit der Pflege und Vermittlung von Tieren genutzt werden. Daher muss es ein Ziel sein, die Bürokratie insbesondere im Zusammenhang mit Fördermitteln abzubauen und die Verfahren niedrigschwelliger zu gestalten.

Die bestehenden Probleme sind nicht unlösbar. Es gibt Instrumente, die das Potenzial haben, sowohl Tierheime als auch Tierschützer*innen zu entlasten und unnötiges Leid zu vermeiden.

Zunächst gilt es, die Finanzierung der Tierheime und Tierschutzvereine zu verbessern. Es kann nicht sein, dass die gemeinschaftliche Pflichtaufgabe Tierschutz weiterhin zu großen Teilen auf ehrenamtlichen Schultern ruht und chronisch unterfinanziert ist. Das Land leistet hier über Zuschüsse zu baulichen Verbesserungen einen finanziellen Beitrag, den wir weiter ausbauen und im Abruf einfacher gestalten wollen. Auch die Zuschüsse für Katzenkastrationen gilt es zu halten, zu erweitern und vor allem unbürokratischer zu gestalten. Doch auch die Kommunen müssen stärker in die Pflicht genommen werden, ihren finanziellen Anteil zu leisten. Außerdem machen wir uns für eine finanzielle Unterstützung des Landestierschutzverbands stark, um die Tierschutzstrukturen im Land zu stärken.

Um die Zahl der nicht artgerecht gehaltenen Hunde zu senken und die Tierheime zu entlasten, sollte zudem auch in Thüringen ein Sachkundenachweis für Hundehalter*innen eingeführt werden. Ein Sachkundenachweis bewirkt, dass sich niemand leichtfertig ein Tier anschafft. Damit würde sichergestellt werden, dass genügend Wissen über artgerechte Haltung des Tieres vorhanden ist und die Halter*innen mit den Tieren umgehen können. Tiere haben schließlich ihre individuellen Bedürfnisse, die erfüllt werden müssen, um ihnen ein gutes Leben ermöglichen zu können. Auch im Umgang mit anderen Arten, insbesondere auch im Kleintierbereich, braucht es geeignete Mittel, um die Sachkunde weiter zu erhöhen und nicht artgemäße Haltung zu reduzieren. Auf Bundesebene muss endlich der Onlinehandel mit Tieren eingeschränkt werden, insbesondere auch von Exoten.

Um das Leid unter den Katzen einzudämmen, müssen zudem landesweit die Anstrengungen zur Kastration freilaufender Katzen erhöht werden. Die Katzenschutzverordnung ist bereits eine gute Grundlage. Doch sie wird bisher in Thüringen nicht flächendeckend genutzt. Es muss daher dringend geprüft werden, wie die Katzenschutzverordnung auf das ganze Land ausgeweitet werden kann. Davon würden nicht nur die Tierheime über eine Entlastung profitieren, sondern auch die Katzen selbst, da so die Ausbreitung von Krankheiten und die unkontrollierte Vermehrung der Katzen verhindert werden könnten. Ebenfalls ist zu prüfen, wie eine bessere Registrierung auch für Katzen erreicht werden kann, um die Tiere ihren Besitzer*innen zuzuordnen und unterscheiden zu können.

Doch es gibt auch Tiere, für die es in vielen Kommunen keine Unterbringungsmöglichkeiten gibt. Das betrifft zum Beispiel Stadtauben. Stadtauben sind keine Wildtiere, sondern Nachkommen entflugener oder ausgesetzter Haustauben. Auf unseren Straßen führen sie ein elendes Leben, da sie sich zuchtbedingt unbegrenzt vermehren, nicht genügend artgerechtes Futter finden und häufig krank oder verletzt sind. In einigen Städten in Thüringen gibt es bereits engagierte Taubenschutzvereine, die sich um verletzte und erkrankte Tauben kümmern. Es gilt, die Taubenschutzvereine stärker zu unterstützen, damit

sie für Pflege und Unterbringung der Tiere nicht weiterhin auf Gelände von engagierten Privatpersonen zurückgreifen müssen. Stattdessen sollte die Errichtung von Taubenschlägen finanziell und durch die Bereitstellung von Grundstücken unterstützt werden.

Synergieeffekte mit den Tierheimen zu nutzen ist hier sinnvoll. Die Kommunen wollen wir dabei begleiten, ein modernes Stadttaubenmanagement mit offenen Schlägen nach dem Augsburger Modell zu etablieren, welches die nachhaltige und tierschutzgerechte Reduzierung der Population zum Ziel hat. Ein großes Problem sind die Hochzeits-, Zucht- und Brieftauben, die zusätzlich auf unseren Straßen landen und verwahrlosen. Zur Vermeidung von noch mehr herrenlosen Tauben müssen daher die Züchter*innen stärker in die Pflicht genommen werden. Gerade das Auflassen von Hochzeitstauben ist eine grausame Praxis, die viel Tierleid verursacht, und der Vergangenheit angehören sollte. Dafür müssen wir dringend eine Anpassung des Ordnungsrechts auf den Weg bringen.

Ähnlich steht es um verletzte oder verwaiste Wildtiere, die natürlich in den meisten Fällen nicht von Tierheimen aufgenommen werden können. Wildtiere gehören am besten in die Wildnis, doch in Ausnahmefällen benötigen sie menschliche Hilfe, um nach einer Krankheit oder einem Unfall wieder zu genesen. Für diese Tiere gibt es bisher in Thüringen keine staatliche unterstützte Anlaufstelle, sondern bis auf den Alternativen Bärenpark Worbis und die staatliche Vogelschutzwarte in Seebach lediglich ehrenamtliche und durch Spenden finanzierte Projekte. Das Land sollte daher nach dem Vorbild anderer Bundesländer mindestens eine, bessere mehrere regional verteilte Wildtierauffangstationen aufbauen, um die ehrenamtlichen Strukturen zu entlasten. Damit Wildtiere nicht länger in Zirkussen leiden, muss auf Bundesebene endlich das Verbot von Wildtieren im Zirkus kommen.

Tierschutz muss an vielen Stellen mitgedacht werden, doch ihm wird meist nicht die Priorität eingeräumt, die es benötigt, um für Tierleid zu vermeiden. Das resultiert in überfüllten Tierheimen, überforderten Tierbesitzer*innen und vor allem höchst belasteten Tierschützer*innen. Es ist überfällig, alle Tierschutzaufgaben zu bündeln. Thüringen braucht eine*n Beauftragte*n für den Tierschutz, wie es ihn schon in neun anderen Bundesländer und im Bund gibt. Mit den notwendigen Kompetenzen und Befugnisse ausgestattet, können Tierschutzprobleme so effektiver angegangen und echte Veränderungen bewirkt werden. Außerdem gäbe es eine zentrale Ansprechperson für alle Tierschutzanliegen. Auch die Verwaltungen in Land und Kommunen müssen sich umstellen und endlich klare Zuständigkeiten für Tierschutz schaffen, die über das reine Veterinärwesen hinaus gehen. Zudem muss das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände endlich kommen.

Tierschutz muss endlich eine höhere Priorität bekommen – mit besserer Finanzierung, klaren Zuständigkeiten und mehr Anerkennung. Das sind wir den Tieren, aber auch den Engagierten schuldig!